

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Ressource Macht Staat

Erdöl und Macht in Afrika
Herausforderung statt Fluch
Rente und Politik
Neuer Extraktivismus?

WeltBlick

Ungarn bleibt rechts
Südafrika nach den Wahlen

Historie

Alte Konflikte – Polen und Ukraine

Forum: Deutsche Außenpolitik

Neue Sicherheitsstrategie gesucht
Was bedeutet Gaucks Rede?
Militärpolitik ohne Konzeption

Bücher & Tagungen



1 Editorial

4 WeltBlick

- 5 Ungarn hat gewählt
Erhard Crome
- 11 Südafrika – alles beim Alten?
Henning Melber

18 Abgelichtet: Dirty Profits

Katrin Krämer



24 Zwischenruf: Jenseits des Rubikon

Wolfgang Schwarz

26 Ressource Macht Staat

Gastherausgeber Stefan Peters

- 29 Herausforderungen statt Fluch
Andreas Heinrich und Heiko Pleines
- 38 Ölförderung in Ghana
Lisa Bleicher-Ibrahim
- 46 Erdöl und Macht in Niger
Jannik Schritt
- 53 Wenn Wachstum zum Streitpunkt wird
Zeljko Crncic
- 62 Rente und Politik
Stefan Peters



71 Historie: Polen und Ukraine – konfliktreiches Verhältnis

Andrzej Sakson



Forum: Deutsche Außenpolitik konträr

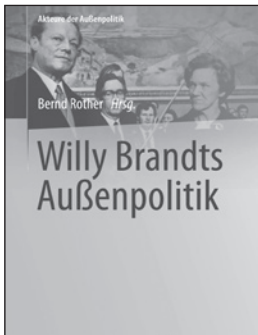
80

Strategische Orientierungslosigkeit <i>August Pradetto</i>	80
Deutschlands neue Sicherheitsstrategie <i>Hans J. Gießmann</i>	92
Was bedeutet Gaucks Rede? <i>Klaus Wittmann</i>	101
Deutsche Militärpolitik ohne Konzeption <i>Lutz Kleinwächter</i>	108

Streitplatz: China neu betrachten!

117

Chinas unsichtbare Macht <i>Berthold Kuhn</i>	117
--	-----



Bücher und Tagungen

122

Wiedergelesen	123
Rezensionen	126
Impressum	133
Annotationen	134
Konferenzen	136
Leserbrief	140

Erinnern an die friedliche Koexistenz

142

Ein Kommentar von Heinz Theisen

Wort und Strich

144

Die unendliche Geschichte

„Auf dem Weg zu einem israelisch-palästinensischen Rahmenabkommen?“, Hanns-Seidel-Stiftung, Berlin, 9. April 2014.

Die Initiative von US-Außenminister John Kerry vom 29. Juli 2013 mit dem Ziel, den israelisch-palästinensischen Friedensdialog wiederzubeleben, befindet sich laut *Reinhard Meier-Walser*, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, „in einer kritischen Phase“. Kurz vor Ablauf der Verhandlungsfrist am 29. April droht die Gesprächsinitiative der USA zu scheitern, da beide Seiten sich gegenseitig die Schuld für das Stocken der Friedensverhandlungen zuweisen. Israel ist nicht bereit, weitere palästinensische Häftlinge freizulassen, weshalb die palästinensische Regierung im Gegenzug erklärte, Anträge zum Beitritt zu 13 internationalen Konventionen und Verträgen zu stellen. Somit hatten beide Parteien ihre ursprünglichen Zusagen, die als Basis für die Friedensgespräche dienten, gebrochen. Die Fragen, ob ein israelisch-palästinensisches Rahmenabkommen in absehbarer Zukunft wahrscheinlich ist, welche Rolle die USA dabei als Vermittler einnehmen werden und ob der politische Wille für eine Zweistaatenlösung auf beiden Seiten vorhanden ist, wurden von den geladenen Gästen erörtert.

Die Diskussion eröffnete *Muhammad Shtayyeh*, Minister der Palästinensischen Autonomiebehörde, indem er in seiner Grundsatzansprache darlegte, weshalb die Verhandlungen eines Rahmenabkommens bis dato so konfliktreich waren. Er

bewertete die Friedensgespräche anhand verschiedener notwendiger Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen. Diese wurden jedoch vonseiten Israels nicht erfüllt. Als Beispiel führte er an, dass keine eindeutigen Zielvorgaben vereinbart wurden und es an vertrauensbildenden Maßnahmen fehlte. So kritisierte er die Haltung und Politik der israelischen Regierung und nannte den fortwährenden Siedlungsbau Israels auf palästinensischem Gebiet eine „vertrauenszerstörende Maßnahme“. Lobende Worte fand Muhammad Shtayyeh hingegen für die USA, die sich aus seiner Sicht merklich bemühen, dem Friedensprozess neue Impulse zu verleihen. Den Antrag Israels über eine Verlängerung der Friedensgespräche vier Monate vor der Verhandlungsfrist wertete er als Indiz dafür, dass Israel nur an dem Fortbestand der Gespräche interessiert sei, um nicht von der internationalen Gemeinschaft kritisiert zu werden. Der Inhalt der Verhandlungen jedoch, z. B. der künftige Grenzverlauf, die Flüchtlingsproblematik, die Verteilung der Wasserressourcen oder die Freilassung von Häftlingen, spielen für Israel eine untergeordnete Rolle, da es an „echten Verhandlungen“ nicht interessiert sei. Muhammad Shtayyeh konstatierte, dass die Differenzen zwischen beiden Parteien während der vergangenen neun Monate nicht spürbar abgenommen hätten. Besonders scharf kritisierte er diesbezüglich die militärische Präsenz Israels auf palästinensischem Staatsgebiet, die seiner Meinung nach nicht zur Verbesserung der israelischen Sicherheitslage beitrage. Weiterhin nannte er die Siedlungspolitik Israels eine „Erosion der geografischen Basis

Palästinas“. Er beendete seinen Vortrag, indem er die internationale Gemeinschaft aufforderte, Palästina in der asymmetrischen Beziehung gegenüber Israel mehr zu unterstützen.

Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift für Internationale Politik, stimmte Muhammad Shtayyeh zu, dass der Status quo in der Region politisch nicht akzeptabel sei. Sie sprach sich für eine Politik der kleinen Schritte unter Einbezug der USA aus, an dessen Ende ein souveräner palästinensischer Staat stehen müsse. Wichtig sei diesbezüglich, dass beide Parteien das *blame game* einstellen und endlich Verantwortung übernehmen. Nur wenn beide bereit seien, „schmerzhaft Kompromisse“ zu akzeptieren, könne man Fortschritte erzielen.

Amal Jamal, Leiter des internationalen Programms „Politik und politische Kommunikation“ an der Universität Tel Aviv, kritisierte die „rücksichtslose, aggressive“ Politik Israels in der Region ähnlich scharf wie zuvor Muhammad Shtayyeh. Amal Jamal bezeichnete die israelische Siedlungspolitik als ein Instrument, den Status quo dynamisch zugunsten Israels zu verschieben, ohne den politischen Preis dafür zahlen zu müssen. Er befürchtet, dass bei einem Fortbestehen der Siedlungspolitik eine Form von Apartheid die letzte Option für die arabischstämmigen Bewohner in den annektierten Siedlungsgebieten sei.

Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bewertete die Erfolgsaussichten

der Kerry-Initiative sehr skeptisch. Er sah weder auf palästinensischer noch auf israelischer Seite den politischen Willen für eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts. Er machte deutlich, dass es aus Sicht Israels keinen Anreiz gebe, die gegenwärtige Politik aufzugeben. Zudem relativierte er die Sichtweise, dass Israel die Rolle des Wolfes und Palästina die Rolle des unschuldigen Lammes zukomme, indem er erklärte, dass auf beiden Seiten sowohl Wölfe als auch Lämmer an dem Konflikt beteiligt seien.

Während der Paneldiskussion wurde deutlich, dass Muhammad Shtayyeh nicht von den Interessen der palästinensischen Regierung und dem Ziel einer Zweistaatenlösung mit den Grenzen von 1967 abweichen wollte. Dies muss als Indiz dafür gewertet werden, dass das gegenseitige Schuldzuweisen noch nicht einer konstruktiven Atmosphäre gewichen ist und ein israelisch-palästinensisches Rahmenabkommen sich unverändert in weiter Ferne befindet.

Alexander Graf Strachwitz, Berlin

Vom Rohstofffluch zum -segnen

„Natural Resource Governance in Africa. How to Benefit from Regional Integration“, Potsdam Spring Dialogues 2014, Stiftung Entwicklung und Frieden, Potsdam, 7. bis 8. Mai 2014.

Die Konkurrenz um Rohstoffe nimmt weltweit zu. Dennoch gehören viele rohstoffreiche Länder noch immer zu den ärmsten der Welt. Vor diesem

Hintergrund diskutierten internationale Experten und Praktiker anlässlich des Potsdam Spring Dialogues der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Zeitschrift *WeltTrends* Möglichkeiten regionaler Integration auf dem afrikanischen Kontinent. Viele afrikanische Länder verfügen über große natürliche Rohstoffvorkommen, die zwar enorme Gewinne bedeuten, jedoch bisher nur unzureichend zu einer Entwicklung der Länder beitragen. Als Hindernisse gelten eine mangelnde Gesetzgebung, vor allem bezüglich eines adäquaten Steuersystems und der Einhaltung von Transparenzstandards durch Unternehmen, um die Überführung der Einnahmen aus Bergbauverträgen an die Bevölkerung sicherzustellen.

Neben internationalen freiwilligen Initiativen, wie der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) oder Publish What You Pay, die sich dafür einsetzen, die Zahlungsströme Rohstoff fördernder Unternehmen an den Staat sowie deren Verwendung transparent zu machen, gibt es auch zahlreiche afrikanische Initiativen wie die African Mining Vision. Diese stellte *Antonio Pedro* von der United Nations Economic Commission for Africa (UNECA) zu Beginn der zweitägigen Konferenz vor. Er zeichnete zudem die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Rohstoffsektor nach und stellte fest, dass sich der einstige Käufer- zu einem Verkäufermarkt gewandelt habe, sodass die rohstoffreichen afrikanischen Staaten

heute aufgrund der hohen Nachfrage eine größere Verhandlungsmacht besäßen. Um diese einmalige Chance für Afrika zu nutzen, damit die Bevölkerungen von den Rohstoffvorkommen ihrer Länder profitieren, benennt Pedro folgende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rohstoffpolitik: eine effektive öffentliche Politik, eine gemeinsame Vision und Dialog.

Konkrete Fragen der Lizenzierung und Aushandlung von Abbauverträgen sowie verschiedene Transparenzinitiativen als Grundpfeiler einer auf Rohstoffexporten basierenden nachhaltigen Entwicklung standen am ersten Konferenztage im Zentrum. Besonders eindringlich schilderte die bei der African Legal Support Facility tätige Anwältin *Myriam Carius* den – aus ihrer Sicht – Kern des Problems: schlecht verhandelte Verträge mit multinationalen Konzernen. Sind diese einmal unterzeichnet, haben sie eine Gültigkeit von bis zu 30 Jahren. Um deutlich bessere Konditionen für die rohstoffreichen Länder zu verhandeln, müssten – so ein Konsens der Konferenzteilnehmer – finanzielle, rechtliche und personelle Kapazitäten ausgebaut werden. Dabei können zunächst externe Berater und Anwälte helfen, die ihr Wissen an einheimische Anwälte und Ministerien weitergeben. Auf diese Weise ließe sich der sogenannte Ressourcenfluch vermeiden. In der anschließenden Debatte wurde kontrovers diskutiert, ob anstelle der Verträge nicht der politische Rahmen mit strikten rechtlichen Vorgaben gestärkt werden müsse. Immer wieder wurde dabei der politische Wille der

Eliten als Grundvoraussetzung für eine Veränderung hervorgehoben. Da die Preise für Metalle und mineralische Ressourcen nach Auffassung von *Magnus Ericsson*, Mitbegründer der Raw Materials Group, aufgrund der Nachfrage weiter hoch bleiben werden, bestehe hier nach wie vor enormes Potenzial für die Entwicklung Afrikas.

Am zweiten Konferenztag standen die Themen einer effektiven Besteuerung des Rohstoffsektors sowie die Rolle der EU bei der Durchsetzung einer globalen Rohstoffpolitik im Zentrum. Der britische Journalist *Nicholas Shaxson* veranschaulichte die ausgeklügelten Steuervermeidungsstrategien multinationaler Konzerne und benannte ebenfalls politischen Willen als wesentlich, um eine gerechte Besteuerung zu erreichen. *Ola Bello* vom South African Institute of International Affairs forderte von der EU mehr Engagement in Form von Kooperationen ein. Andernfalls dürfe man sich nicht darüber beschweren, dass China auf dem Kontinent präsenter sei. China als dominanter Akteur auf den internationalen Rohstoffmärkten wurde immer wieder thematisiert. Doch anstelle der üblichen Schuldzuweisungen

in Richtung China in Bezug auf seine Afrikapolitik wurde auf die positive Rolle und auf die eigene Verantwortung bei der Aushandlung von Vertragskonditionen mit chinesischen Unternehmen hingewiesen („Don't blame China, blame yourself“).

In ihrem Schlusswort hob *Michèle Roth*, Geschäftsführerin der SEF, treffend hervor, dass im Vergleich zu vorangegangenen Jahren nicht mehr nur externe Faktoren für die Situation in Afrika verantwortlich gemacht und in der Debatte angeführt werden, sondern gerade auch die afrikanischen Teilnehmer der Konferenz eigene Ideen zur Lösung der Probleme auf ihrem Kontinent vorgebracht haben und diese eigenverantwortlich angehen wollen.

Die Benennung der bestehenden Probleme bei der Umsetzung – unter anderem Profitgier, gegenläufige politische Interessen und der Unwille zur Reform in der politischen Elite – trübten jedoch die enthusiastische Atmosphäre, sie bleiben die größten Hindernisse für eine nachhaltige, transparente Rohstoffpolitik in Afrika.

Anne Klinnert, Universität Potsdam

Bildnachweise

Cover: © Marten van Dijk / Milieudenensie
 S. 2 (oben): Eric Miller (CC BY-SA 2.0), Ausschnitt
 S. 2 (unten): Ken Hodge (CC BY 2.0)
 S. 3 (oben): Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (CC BY-SA 2.0)

S. 8: European People's Party (CC BY 2.0)
 S. 12: Eric Miller (CC BY-SA 2.0)
 S. 19–22: © Katrin Krämer
 S. 26: © Marten van Dijk / Milieudenensie